

**B E S C H L U S S**  
**des 103. Ordentlichen Landesparteitages**  
**am 12. Juli 2008**  
**in Mannheim**

**Steuern auf Energie senken!**

Letzte Woche hat der Benzinpreis die Schallmauer von 1,60 Euro pro Liter durchbrochen. Die allgemeine Entwicklung der Energiepreise ist nicht nur eine ungeheure Belastung für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg, sondern sie bedrohen auch die Existenz vieler mittelständischer Betriebe – nicht nur im Transportgewerbe.

Vor diesem Hintergrund darf eines nicht vergessen werden: **Bei den Energiepreisen ist der Staat der größte Preistreiber:** Von der Stromrechnung eines durchschnittlichen Haushalts macht der Staatsanteil 40 Prozent aus. Die hier abkassierte Summe hat sich seit 1998 versechsfacht. Der Spritpreis besteht inzwischen sogar zu fast sechzig Prozent aus Steuern. Bei **1,60 Euro pro Liter Benzin kassiert der Staat 91 Cent an Steuern** (57 %), bei 1,60 Euro pro Liter Diesel kassiert der Staat 73 Cent an Steuern (45 %). Laut offizieller Antwort der Bundesregierung sind bei einem Benzinpreis von 1,50 Euro pro Liter 89 Cent an Steuern (60 %) zu zahlen. Umsatzsteuer wird dabei nicht nur auf den Nettopreis des Kraftstoffs erhoben, sondern auch auf die darauf fällige Mineralölsteuer (inkl. Ökosteuer). Durch diese Steuer auf Steuern kassiert der Staat gleich doppelt ab.

Mit dem Klimaschutz lässt sich die Abkassiererei an der Zapfsäule jedenfalls nicht begründen: Die Verbrennung von einem Liter Benzin verursacht rd. 2,4 Kilo CO<sub>2</sub>. Wenn man diese 2,4 Kilo CO<sub>2</sub> durch Maßnahmen für den Klimaschutz an anderer Stelle kompensieren und dafür Zertifikate kaufen würde, dann kostet das rd. 6 Cent. Mit anderen Worten: Für 6 Cent pro Liter könnte man eine Situation schaffen, die für das Klima genauso gut wäre, als wenn man den Liter Sprit überhaupt nicht verbrennen würde. So wird Klimaschutz an der Tankstelle zur Ökosteuer-Lüge. Tatsache ist: Autofahren mit gutem Klima-Gewissen ist durchaus möglich, und zwar für weniger als ein Drittel der Ökosteuer, die momentan auf den Liter Sprit erhoben wird – mit Hilfe des Emissionshandels.

Die FDP Baden-Württemberg schlägt zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Betriebe folgendes Maßnahmenpaket vor:

- eine Reduzierung der Energiepreise durch Steuersenkung. Dafür kommt **entweder die Abschaffung der sogenannten Ökosteuer oder die Absenkung der Umsatzsteuer auf Energie** in Frage. Außerdem ist eine Überarbeitung des gesamten Steuersystems nötig, um Ungereimtes und Ungerechtes zu beseitigen. Die FDP setzt beim Erreichen umweltpolitischer Ziele auf marktwirtschaftliche Instrumente, wie z.B. Emissionszertifikate.
- die **Senkung der Stromsteuer**. Dazu wollen wir den Emissionshandel weiterentwickeln. Die Versteigerungserlöse dürfen nicht beim Staat verbleiben, sondern müssen durch eine niedrigere Stromsteuer zur Entlastung an die Bürgerinnen und Bürger weiter gegeben werden.
- die **Rücknahme der letzten Mineralölsteuererhöhung auf Biokraftstoffe**, die zusammen mit dem Beimischungszwang zu deutlichen Benzinpreissteigerungen geführt hat und gleichzeitig ökologisch kontraproduktiv ist.

- Mehr Anstrengungen bei der **Energieeinsparung, höhere Energieeffizienz und die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Energiemix** sind unverzichtbar. Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit eines Wirtschaftsstandorts wie Baden-Württemberg gibt es derzeit keine Alternative zu einem Energiemix aus fossilen Energieträgern, erneuerbaren Energien und der Kernenergie. Nur mit größtmöglicher **Diversifizierung unserer Energieversorgung** – dazu gehört auch die Förderung dezentraler Energieversorgung – können wir die Rohstoffabhängigkeit von bestimmten Lieferländern reduzieren.
- die **Intensivierung des Wettbewerbs** auf dem Strom- und Gasmarkt.
- **Abschaffung der Preistreiberei** von Stadtwerken auch auf dem Energieträger Gas

Die FDP setzt sich darum auch konsequent dafür ein, auf das unsinnige Abschalten sicherer Kernkraftwerke zu verzichten.

Der vor 20 Jahren eingeleitete Ausstieg aus der Kernenergie muss rückgängig gemacht werden. Wir müssen vielmehr auch im Bereich der Kernenergie nach neuen Wegen suchen:

- neue Kraftwerkstypen
- eine ideologiefreie Betrachtung der technologischen Möglichkeiten

sind für uns eine Grundlage eines zukünftigen Energiemixes.